

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 RM., monatlich 35 Pf.; durch die Postämter und die Post bezogen 1,20 RM., durch den Postboten ins Haus 1,60 RM., Einschlagnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal wermittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile bei dem Stamm 8 Pf., für jede weitere Zeile 10 Pf., außerdem 15 Pf. Kleinzeilen 25 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unentgeltliche Einlegungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 102.

Donnerstag den 3. Mai 1906.

32. Jahrg.

Zur Lage in Frankreich.

Der 1. Mai in Paris. Aus Paris wird am Dienstag nachmittag gemeldet: Seit 9 Uhr früh wird der Ordnungsdienst in der strengsten Weise gehandhabt. Ansammlungen werden nicht geduldet. Eine Anzahl Leute, die dem Befehl, weiterzugehen, nicht Folge leisteten, wurden verhaftet. Alle Bahnhöfe des Stadtgebietes sind durch Infanterieabteilungen, Schussleute und Gendarmen besetzt. Auch in den öffentlichen Gebäuden sind Truppen stationiert. Der Wagenverkehr ist sehr gering und in den entlegeneren Stadtteilen fast vollständig eingestellt. Im Laufe des Vormittags wurde eine Anzahl ausländischer Passagier verhaftet. Dieselben sollen ausgewiesen werden.

Ein Telegramm des „Wolffschen Bureau“ vom Dienstag besagt: Auf der Place de la Republique werden fortgesetzt Personen verhaftet, die sich weigern, den Anordnungen der Polizei betreffend Freilassung der Passage Folge zu leisten. 150 Personen wurden gegen Mittag nach der Kaserne Chateau d'eau überführt. Eine kleine Gruppe von Manifestanten warf gegen 11 Uhr von der Straße Faubourg de Temple aus mit Steinen eine Anzahl Fenster der Kaserne ein. Schussleute zerstreuten die Gruppe und nahmen zehn Verhaftungen vor. Die Menge wird immer zahlreicher in der Umgebung der Place de la Republique, wo auch in den benachbarten Straßen keine Ansammlung geduldet werden. Die streifenden Freireue veranlassen Dienstag morgen die Schließung einiger Feuerwerksgeschäfte. Das erst ziemlich kleine Wetter wurde im Laufe des Tages regnerisch; seit 11 Uhr sind schon mehrere Schauer niedergegangen. Gegen 11 Uhr 20 Minuten verdrängten die streifenden Buchdrucker am Eingang zur Arbeiterbörse sich zu einem Zug zu formieren, als Kundgebung für den Achtundzestag, die Polizei griff aber sofort ein und es entstand ein heftiges Handgemenge, in dessen Verlauf mehrere Manifestanten zu Fall kamen und mit Füßen getreten wurden; auch wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Einer Gruppe von 200 Manifestanten gelang es, sich wieder zu sammeln und unter dem Gesang der Internationale bis zum Faubourg de Temple vorzudringen. Die Kaufleute schlossen beim Vorbeizug der Manifestanten ihre Läden. Schussleute zu Rad holten die Manifestanten ein, wurden aber mit Steinwürfen empfangen. Nachdem die Schussleute Verhaftung erbalten hatten, stiegen sie von den Rädern und zogen die Revolver, worauf die Manifestanten sofort nach allen Richtungen auseinander liefen. Es heißt, daß niemand verletzt wurde.

Verhaftet wurde der Generalsekretär der Confédération du Travail, Levy, in der letzten Nacht in dem Augenblick, als er aus einem aus Dijon auf dem Lyoner Bahnhof eintreffenden Zuge ausstieg. — Wie aus Vainboeuf gemeldet wird, ist der Vertreter des „Anarchist“, Fromentin, am heutigen Dienstag in Saint-Brevin verhaftet worden.

Noch immer ist das Dunkel, das über die letzten Verhaftungen in Frankreich sich breitet, nicht ganz gelichtet. Nebenfalls scheint die Regierung und die Polizei Anzeichen und Beweise dafür erhalten zu haben, daß die Bonapartisten auf einen Staatsputsch hinarbeiteten und in anbetragt der Streik- und Arbeiter-Unruhen sowie der allgemeinen Unzufriedenheit der kleinen Landbewohner die Zeit für gekommen erachteten, um im Trüben fischen zu können. Es liegen über die Lage nachstehende Berichte vor: Nach dem „Matin“ veröffentlicht das Kassimile einer dem Grafen Beauregard vorgefundenen Liste des nach dem Sturze der gegenwärtigen Regierung zu bildenden Ministeriums. Als Kriegsminister wird General Niel, als Finanzminister Baron Mallet und als Justizminister Tegenas, der Verteidiger Oberhays, genannt. General Niel ist noch in aktivem Dienst

und stand, wie aus dem Briefwechsel hervorgeht, in freundschaftlichen Beziehungen zu Beauregard. „Matin“ veröffentlicht weiter mehrere Dittungen, in welchen ein Advokat, der bei den Unruhen im Streifgebiet besonders beteiligt war, befähigt, vom Grafen Beauregard im Januar eine Summe von mehr als 15 000 Frks. erhalten zu haben.

Die Nachricht von einer Verhaftung zweier Generale, die am Montag im Pariser Justizpalaste verbreitet war, wird von der „Agence Havas“ in aller Form dementiert.

Die in Paris Verhafteten, die der Teilnahme an Aufruhr und an anarchischen Unruhen beschuldigt werden, werden nach Verbote übergeführt. Seit Montag abend 7 Uhr sind alle in Paris weilenden Truppen in ihren Quartieren konfiniert. Sehr viele Militärposten sind verdoppelt worden.

In Marseille wurden bei zwei Bonapartisten und im Schlosse Valmarand des bonapartistischen Barons Cassus Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Zur Arbeiterbewegung wird gemeldet: In Toulon sind am Montag die Straßenbahnschaffner in den Ausstand getreten. Sie zündeten einen Straßenbahnwagen an. Die Stadt ist ohne jede Beleuchtung. Die sämtlichen Mannschaften der Gendarmen sind konfiniert. — In Certe haben mehrere Arbeiterverbände beschlossen, in den allgemeinen Ausstand zu treten. — In Lille beschloßen die Arbeiter der staatlichen Tabakfabriken, am 1. Mai zu feiern. — In dem französischen Grenzorte Villersur-Feirein 3000 Bergarbeiter; in dem Grenzorte Deutschhof sind 7500 ausständig. Die Ausständigen veranfaleten am Montag Umzüge mit roten Fahnen und versuchten einen Dynamitanschlag auf das Hütenwerk Richeville. Dienstag früh rückten 2500 Mann französischer Truppen in Villersur ein, nachdem am Montag auf 3 Ingenieure geschossen worden war.

Ein sozialdemokratischer Leutnant. Am Montag abend betrat der Infanterieleutnant Tisserand de Lange in feilmarschmäßigem Anzuge den Streifsaal in der Arbeiterbörse und hielt vor 1500 Mitgliedern der Vereinigung der Syndikate eine Ansprache, in der er die Versammlung bat, am 1. Mai keine Kundgebung zu veranstalten, und erklärte, daß er Sozialist sei. Er führte unter anderem aus, daß er Sozialist infolge der Niederlagen geworden sei, unter denen die republikanischen Offiziere zu leiden hätten. In Beantwortung der Frage, was er tun würde, wenn ihm der Befehl erteilt würde, auf das Volk zu schießen, empfahl er den Arbeitern, die Ruhe zu bewahren und einen Zusammenstoß zu vermeiden. Was ihn anbetreffe, so würde er nicht das Blut seiner Brüder vergießen lassen, und diese Meinung wurde von vielen seiner Kameraden erteilt. Er würde sich energisch weigern, „Feuer“ zu kommandieren. Beim Verlassen des Saales wurden ihm von den Anwesenden Ovationen dargebracht, und dann wurde er verhaftet. — Die konfessions- und nationalitätlichen Blätter behaupten, Leutnant Tisserand de Lange sei ein Sinking des früheren Kriegsministers André. Man sehe jetzt, welche Früchte die Amtsführung Andrés zeitigte. Der Kriegsminister hat aber den sozialistischen Leutnant strengen Arrest verhängt.

Aus Russland.

Die Schließung des alten russischen Reichsrats ist am Montag erfolgt. Der Reichsrat wird nunmehr am 10. d. M. als Erste Kammer zusammentreten.

Ein scheinbares Zugeständnis an die liberale Sache hat der Minister des Innern Durnowo gemacht, indem er die Eröffnung des politischen Klubs der konstitutionell-demokratischen Partei gestattet hat. Zugleich hat der Verkehrsminister die Wiederanstellung einer großen Anzahl von Eisenbahnbeamten, die sich wegen des Eisenbahn-

ausstandes in Untersuchung befanden, angeordnet. Dagegen scheint es mit der persönlichen Freiheit der neuen Duma-Abgeordneten noch sehr schlecht bestellt zu sein. Wie dem „Lof.-Anz.“ aus Moskau gemeldet wird, erschien in der Wohnung des kürzlich vom Amt zurückgetretenen Gehilfen des Ministers des Innern Fürsten Urussov die Polizei, um ihn wegen politischer Untritte zu verhaften. Vorläufig gelang es dem Fürsten, da er Mitglied der Reichsduma ist, der Verhaftung aus dem Wege zu gehen.

Ein kaiserlicher Erlass erklärt, die Revisionstätigkeit der Reichskontrolle unterliege in keiner Beziehung der Kompetenz des Ministerrats.

Die Moskauer Hochschulen haben ihre Pforten wieder geöffnet. Wie die „Petereb. Telegraphen-Agentur“ meldet, habe die Universität, die technische Hochschule und die Hochschulen für Frauen die Vorlesungen nunmehr wieder aufgenommen.

Maifeier in Warschau. In Warschau ist wegen der Maifeier ein absoluter Geschäftstillstand eingetreten. Alles ist geschlossen, die Fabriken und Kaufläden, sogar die Konditoreien und Kaffeehäuser. Der Trambahn- und der Droschkenverkehr ist eingestellt, und man sieht nur wenige Fußgänger auf den Straßen. Zahlreiche Kavalleriepatrouillen durchziehen die Straßen, die Vorhänge sind militärisch vom Zentrum abgesperrt. In der letzten Nacht sind zwei Polizisten erschossen worden.

Im dem Gärderement Preobraschenki wurde eine größere Anzahl Soldaten wegen regierungseindlicher Agitation im Heere verhaftet. Unter den Festgenommenen befinden sich viele Musikanten, meist ehemalige Zöglinge des Konservatoriums, welche ihrer Militärpflicht in der Weidgarde genügen. Nicht überführt, aber politisch unzuverlässige Musikanten werden in den Frontdienst gestellt.

Die russische Pressenzensur ist immer noch eifrig bei der Arbeit, die Freiheit der Presse möglichst einzuschränken. Der russische Minister des Innern hat allen russischen Zeitungen verboten, irgend welche Nachrichten über die Demobilisierung der manufakturischen Armees sowie über militärische Maßnahmen Russlands im fernem Osten zu bringen.

Die Mandchurenlei soll, wie zwei Vertreter eines englischen Handlungshauses, die von einer Reise nach Niutschwang, Taliennan und Port Arthur nach Tientsin zurückgekehrt sind, erklären, nach Verfügungen von amtlicher japanischer Stelle mit Ausnahme der Halbinsel Liautung am 1. Mai für den Handel geöffnet werden.

Die russische Anleihe hat, wie zu erwarten war, in Frankreich eine bedeutende Ueberzeichnung erfahren; sie ist ungefähr 20 bis 25 Mal gezeichnet worden. Diese vielfache Ueberzeichnung trägt, wie ein hervorragender deutscher Finanzpolitiker mit Recht meint, so sehr den Stempel der grotesken Ueberbezeichnung an sich, daß sich jedermann die Ueberzeichnung aufdrängt, es sei dieses Resultat durch „Mache“ herbeigeführt worden. In anderen Ländern hat dagegen die Subskription nur einen sehr mäßigen Erfolg gehabt, in England und Deutschland nicht einmal einen Achtungserfolg. Die Londoner Deute soll nur 1 1/2 Mal gezeichnet sein. Dieses Resultat wird in informierten Finanzkreisen sehr skeptisch beurteilt. Wenn tatsächlich das Publikum die Anleihe voll übernommen haben sollte, würde die überwiegende Mehrzahl, selbst der Londoner Konterzeihner, erstaunt sein. In Oesterreich ist der aufgezogene Betrag nur ungefähr zweimal gezeichnet worden, eine in der Anleihegeschichtliche aller Staaten die bisher unerhört niedrige Quote. Dieses Ergebnis bleibt hinter den Erwartungen, welche seitens der inländischen Finanzgruppe gehegt und angelehnt wurden, sehr erheblich zurück und steht auch nach Ansicht der „Neuen Freien Presse“ im Mißverhältnis zu den großen Vorbereitungen, den für die österreichische Subskription von der russischen Regierung gewährten

Spezialbeauftragungen und den durch die Emissionsinstinkte der Reichsmitglieder eingeräumten Sonderrechten. Offenbar hat der harte Widerstand, welchen die Anleihe in der öffentlichen Meinung gefunden hat, seine Wirkung nicht verfehlt und viele Zeichen zurückgehalten. — Trotz dieser Unklarheit des Erfolges der Anleihe können die Beträge russischer Werte in Deutschland mit dem Ergebnis immerhin zufrieden sein. Russland hat damit eine neue Krise erhalten, um seine Zahlungsfähigkeit den ausländischen Gläubigern gegenüber wenigstens für die nächste Zukunft sicher zu stellen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Einen neuen Ministerpräsidenten hat Oesterreich erhalten. Der bisherige Ministerpräsident Freiherr von Cautley wurde am Montag vom Kaiser in Wien empfangen und gab seine Demission, die vom Kaiser genehmigt wurde. Prinz Konrad zu Hohenlohe hat die Berufung zum Ministerpräsidenten angenommen. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der neue Ministerpräsident hat sich Montag abend nach Triest begeben, um dort seine Angelegenheiten zu ordnen und sich zu verabschieden. Wahrscheinlich kehrt der Prinz Mittwoch zurück und wird dann sofort die Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Zunächst tritt nur ein Wechsel in der Person des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern Grafen Eyllandi ein, dessen Ägiden Prinz Hohenlohe gleichfalls übernimmt. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts Gausch bleiben zunächst. Von dem Gelingen der Kompromißverhandlungen hängt die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums ab. Die Wahlreform wird vom Prinzen Hohenlohe übernommen und fortgesetzt. Das Abgeordnetenhaus wird sich wahrscheinlich am Mittwoch auf unbestimmte Zeit verlagern.

Italien. Der italienische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Lanza hatte Montag nachmittag in Mailand eine Besprechung mit dem Minister des Äußeren Grafen Guicciardini und begibt sich nunmehr direkt auf seinen Posten nach Berlin zurück.

England. Der König hat am Montag abend Keapel wieder verlassen und die Rückreise nach London angetreten. — Im britischen Oberhaus lenkte am Montag Lord Balfour die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Unzulänglichkeiten, welche in jüngster Zeit durch die Unversehrtheit einer Bande von 80 deutschen Zigeunern entstanden sei, welche mehrfach Raubereien begangen hätten. Er fragt an, ob im Hinblick auf das Gerücht, das noch andere Zigeuner das Land durchstreifen würden, die Regierung Vorkehrungen bei der deutschen Regierung machen oder sonst Schritte tun werde um die Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Der Lord der Admirals Lord Tweedmouth führte aus, es würde möglich sein, die Zigeuner als lästige Ausländer auf Grund des Fremdengesetzes wegzuschaffen, aber zur Zeit schien kein Grund für ein derartiges Vorgehen vorhanden zu sein. Einige Deutsche in Glasgow seien bemüht, sie zur Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen.

Norwegen. Zu König Haakon's Krönung am 22. Juni wird nach Blättermeldungen als Vertreter Deutschlands außer dem Gesandten in Christiania Prinz Heinrich in Kronberg erwartet, der vermuthlich an Bord eines größeren Kriegsschiffes die königliche Krönungsfeier aufsuchen wird. Nach der Krönung dürfte das Königspar eine größere Reise ins Ausland antreten, um den fremden Höfen und Regierungen Besuche abzuhalten. — Der König empfing am Dienstag nachmittag den neuen deutschen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Stübel in feierlicher Audienz, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Unmittelbar darauf wurde der Gesandte von der Königin empfangen.

Türkei. Zum Nubakonsili meldet das „Reuter'sche Bureau“, daß in dem Stand der türkisch-ägyptischen Grenzfrage keinerlei Änderung eingetreten sei. Die britische Regierung hat auf die letzte türkische Erklärung keine Antwort gefandt. — Die Türkei zieht, wie aus nachstehendem Londoner Telegramm vom Dienstag hervorgeht, ebenfalls Truppen zusammen. Wie „Daily Chronicle“ aus Alexandria meldet, haben türkische Truppen Schidda mit Marschbrot nach Alaba verlassen. Die Verhörmittelungen Deutschlands durch die Londoner Presse wollen nicht ausbleiben. Vor allem ist es die oppositionelle Presse, die immer noch die Behauptungen aufstellt, hinter der Unnahgigkeit des Sultans stehe Deutschland. Der Berl. „Stand.“ berichtet, wie sie zu sagen, auf der Besuch des nordischen ägyptischen Agitators Mubappa Kamel Pascha in Berlin hin, wo er vor etwa sechs Monaten mit offenen Armen empfangen worden sei. Die „Tribüne“ veröffentlicht eine Raizer Meldung, welche die Lanzung einer angeblichen wissenschaftlichen deutschen Mission in Rasfaa meldet und als auffällig bezeichnet, daß sie ihre Tätigkeit in der heißesten Jahreszeit beginnt. — Wie ein „Reuter“ Telegramm berichtet, wurden in letzter Zeit in den Wästen mehrerer Städte Ägyptens auf-

rührerische Reden gehalten. Panislamische Mächtigkeitsreden, welche sich auf die angebliche Abhängigkeit der britischen Regierung, energische Maßnahmen zu treffen zu verlassen scheinen. — Ueber die Besetzung von Kanem in Zentralafrika durch trippelstammige Truppen hat nach einer Meldung der „Post“ (Korr.) aus Paris Bourgeois, der französische Vosthater in Konstantinopel, angeben, von der Fortsetzung authentischer Aufschlüsse zu verlangen.

China. Der englisch-chinesische Vertrag, der vor wenigen Tagen in Peking unterzeichnet wurde, hat, wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, nicht die Bedeutung der Einleitung einer neuen Politik betreffend Tibet, sondern er ist lediglich die Beitrittserklärung Chinas zu dem am 7. September 1904 in Kassa, von dem englischen Obersten Doughty mit den Tibetanern abgeschlossenen Vertrage.

Deutschland.

Der Staatssekretär des Reichs-Marineamts Admiral v. Tirpitz ist von St. Malien nach Berlin zurückgekehrt.

Regierungsrat Dr. Geolach ist zum Geh. Regierungsrat und vortragenden Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ernannt worden.

Das preussische Staatsministerium trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen.

Minister v. Buddo hat in den letzten Tagen vor seinem Tode folgende Aufzeichnung gemacht: „An meine Heimatgemeinde Vönsberg. Nachdem Gott es beschloffen, mich abuberufen, freue ich mich der Rückkehr in die Heimat, wo eine Ruhestätte meiner wartet. Ich bitte um freundliche Aufnahme v. Buddo, Ehrenbürger von Vönsberg.“ Wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, hat Frau v. Buddo diese Aufzeichnung an den Bürgermeister von Vönsberg gefandt.

Wer ist national gefinnt? In Ermangelung jedes wirklichen Zugmittels versuchen es die konservativen in Berlin, um Mitglieder einzufangen, wieder einmal mit dem schon so oft gebrauchten demagogischen Kniff, sich allein als national gefinnter Partei hinzustellen und damit nicht nur den Sozialdemokraten, sondern auch den Freisinnigen und Nationalliberalen deutschen Empfinden und deutsche Gefinnung abzuspüren. In einem Zirkular, das zurzeit von dem Vorstand des Berliner deutsch-konservativen Wahlvereins verbreitet wird, erklärt man mit beneidenswerthem Unverschämtheit wiederholt konservativ und national als identisch. Für die Abwesenden liegt zugleich eine Postkarte mit bei, in der sie „aus Rücksicht der Notwendigkeit einer breiteren Organisation der national gefinnten Wählerschaft im Berliner Westen“ ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die neu zu begründende Abteilung Westens des deutsch-konservativen Wahlvereins bekunden sollen. In den letzten Jahren ist der Unflug der konservativen, anderen Parteien die nationale Gefinnung abzuspüren, nur vereinzelt geübt worden. Jetzt scheinen aber die Berliner Konservativen ihn wieder systematisch betreiben zu wollen. Diese Herren wissen offenbar nicht, daß beispielweise unter den Freisinnigen noch heute Männer leben, die bereits für deutsche Einheit und deutsches Wesen zu einer Zeit eintreten, wo dies weniger ungefährlich war als heute, wo vielmehr solche deutschen Behauptungen gar manchen Schaden an Freiheit und Vermögen einbringen. Schon der Reichstagsred. Graf v. Caprivi hat übrigens den bähischen Teufel, den politischen Gegnern die nationale Gefinnung abzuspüren, gebührend gekennzeichnet, indem er am 29. Januar 1892 bei der ersten Beratung des Volkshulunterhaltungsgesetzes im Abgeordnetenhaus wörtlich erklärte:

„Ich möchte glauben, daß national zu sein, jetzt nicht mehr ein charakteristisches Kennzeichen einer Partei ist. National ist, Gott sei Dank, ganz Deutschland. Also auf diese Eigenschaften hin kann man Parteiunterschiede nicht mehr gründen.“

Diese Sätze waren damals speziell gegen die Nationalliberalen gerichtet. Es ist eine hübsche Ironie, daß dieselben Nationalliberalen jetzt von den konservativen ebenfalls indirekt als antinational bezeichnet werden.

Die Flottenscharfmacher entwickeln sich nachgerade zu einer nationalen Gefahr. Die Herren glauben, die ihnen durch die Entzerrung des obersten Reichsbeamten sich bietende günstige Gelegenheit, gegen die „Wahrheitszeit“ der verantwortlichen Reformer, gegen die der Vertretung neuer Marineforderungen an maßgebender Stelle Stimmung machen zu können, nicht ungenutzt vorübergehen lassen zu sollen. Wie bedenklich sich infolge dieser unkontrollierbaren Einschlässe die Situation für den Leiter des Reichsmarineamts zugeht, haben wir, zeigt ein geharnischter Protest, den die freikonservative „Schlef. Ztg.“ gegen die maßlosen Agitationen der Flotten-Scharfmacher veröffentlicht und der sich fast wie eine Flucht der Reichsmarineverwaltung in die Öffentlichkeit ausnimmt. Das Blatt,

zu dem der Abgeordnete v. Radowitz seine Beziehungen unterhält, schreibt u. a.:

„Durch die lärmende Agitation, die den Namen unseres Flottengesetzes zu sprengen und unsere Kriegsmarine ins Ungeheure zu vergrößern sucht, verlegen wir die Nachbarn in allgemeine Unruhe. Diese Unruhe besteht, daß sie sich zusammenschließen. Wenn unsere Flotte nicht gleich stark ist wie die französische und die englische zusammen, kann sie die See nicht halten. Die Flottenbau ist eine Geldfrage. Wir können es nicht mit England und Frankreich nicht aufnehmen. Die vermehrte Gefahr, die wir uns durch die heutige Flottenpolitik auf den Hals ziehen, steht gänzlich außer Verhältnis, der als vers unsere Flotte irgend leisten könnte, selbst wenn wir zu Zuerst des Schiffbaus unsere Steuern auf Doppelt hinaufschraubten.“

Die Einflüsse der Flottenscharfmacher auf die Entscheidungen der höchsten Stelle ist keineswegs etwa nur eine leere Behauptung. Das gouvernementale Blatt erklärt ausdrücklich: „Inzwischen haben unverantwortliche Flottenpolitiker, den Kaiser in einen Gefangnis zu bringen und die Stellung des amtlichen Vertreters dieser Vorlage, des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, zu erschüttern gesucht. Naturgemäß wurde hierdurch auch der Reichstagsrat getroffen, der als verantwortlicher Leiter der Reichspolitik an der Marinen Vorlage ebenso beteiligt ist wie Admiral v. Tirpitz.“ Die Machinationen der Flotten-Grallados müssen in der Tat schon einen geradezu gemeingefährlichen Charakter angenommen haben, wenn ein offizielles Blatt, das notorisch mit dem Reichsmarineamt in Verbindung steht, sich zu einem solchen Vorkurs-gezungungen sieht.

(Zum Schulkompromiß.) Die Tatsache, daß der Protest der 27 Universitätsprofessoren gegen das Schulkompromiß unter den deutschen Hochschullehrern über 900 Unterschriften gefunden hat, ist den Konservativen wie der Halb- und Viertel-Offizieren doch etwas unangenehm in die Glieder gefahren. Sie schlagen die ergötzlichen Kapriolen, um die Bedeutung dieser Kundgebung der deutschen Intelligenz abzuschwächen. Ganz besonders böß in die Nesseln gefetzt hat sich dabei das Organ des politischen Altermekanismus Herr v. Jellis. Das Blatt behauptet nämlich, der Protest gehe von „unreifelementen“ aus. Das Blatt hat in seiner blinden Wut ganz übersehen, daß der Protest u. a. von einem Manne unterzeichnet worden ist, der von derselben Presse bis her immer als ein leuchtendes Vorbild deutscher nationaler Gefinnung und Tugend gefeiert worden ist, nämlich von Felix Dahn. Mit Recht rügt übrigens auch Erzellen v. Rottenburg in einer Ermüdung auf das „Gesellschaftliche“ der halb-offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten“ den „geradezu ungläublichen Mangel an Logik“ und „vulgäre Form“, in der das Blatt, dessen Herausgeber, wie man sich erzählt, selber nie eine Zeile original geschrieben hat, sich vermisst. Männer der Wissenschaft abzurufen. Eine sehr scharfe, aber ebenfalls nicht unmerkliche Kritik übt der Kurator der Bonner Universität, auch an der bekannten Epistel, die neulich das Organ des Grafen Bismarck, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, veröffentlichte. Der Hauptmann dieser Zeitschrift trägt einen „offenbar pathologischen Charakter an sich.“

(Reinliche Wäuder.) Nicht wie Kapuzinische und Baschlawski, das von Seine so trefflich gezeichnete edle Brüderpaar aus der Polak, das sich gegenseitig die Wünsche von den Augen abließ, sondern wie zwei bohrende Kängurus sind vor einigen Tagen Pan Korfany und Pan Biechulef, der Leiter des bisherigen polnischen Konkurrenzblattes „Gornofolant“, in Katowitz in einem Gasse bei der Befahrung des letzteren über einander hergefallen. Wer aus diesem häßlichen Ringkampf als erler bezw. zweier Sieger hervorgegangen ist, wird in der polnischen Nationalgeschichte vielleicht nie ganz weisheitsfrei festgestellt werden. Korfany soll seinem Gegner in dessen Wohnung einige Hiebe mit der Hundepfote verpasst haben und dann so schließlich ausgeht sein, daß der Ueberfallene ihm nur noch ein Hypothekenschein nachwies. Nach einer anderen Darstellung ist jedoch Pan Korfany weniger glänzlich davongekommen. Eine an die „Kattowitzer Ztg.“ gerichtete Zuschrift anscheinend eines Angers und Dänen; zungen gibt noch folgende delikate Ergänzung: „Unter Korfany's Stolz ging zu Biechulef, dem „Gornofolant“-Leiter, und ließ ihn durch „Medulle“ spucke sich darob in die Hände und fleisterte dem Mitgliede des hohen Hauses der Abgeordneten einige Maulschellen auf. Korfany machte darauf kein Hehl und tamm weg.“ — Es muß ein erhebendes Schauspiel gewesen sein, wie diese beiden „Retter“ des polnischen Volks sich ihre gegenseitige Hochachtung durch „schlagende Beweise bezeugten.“

Gelegenheitskauf!

10 Pfg.-Habanna-Ausschuss-Zigarren



10 Stück 65 Pfg., 100 Stk. Mk. 6,—, 500 Stk. Mk. 29,— franko
sind wieder in tadelloser Qualität eingetroffen.

Albert Dietzold,

Zigarren-Import, Dom 1.

Ziehung 9. Mai.

Pferde-Lotterie

35. Mecklenburgische
zu Neubrandenburg
1053 Gewinne i. W. v. M.

66000
darunter 50 edle Pferde i. W. v. M.

40000
Hauptgewinne M.

9000
4000
3000
etc. etc.

Lose à 1 M., 11 Stück
Porto u. Liste 30 M. extra
in allen durch Plakate kennt-
lichen Verkaufsstellen sowie
durch das General-Debit

H. C. Kröger,

Rostock.

In Merseburg zu beziehen durch:
Kaufmann **C. Görins**, Oberbreitestr. 23.
Kaufmann **Eduard Hämmerer**.
Kaufmann **Richard Schurig**.
Kaufmann **Max Zaun**.

Mühlendörfer **Söhne**, Zigarren-Geschäft.
Otto Harr, Zigarren-Geschäft.

Zarverein „Jahn“.

Sommerabend
Mitgliederversammlung.
Stimmfahrt
Stiftungsfest.

Ehem. Garde.

Heute Donnerstag
Monatsversammlung
in der „Reichstrone“.

Verein der Gastwirte von Merseburg und Umgegend

Freitag den 4. Mai, nachmittags 3/4 Uhr,
Monats-Versammlung
im „Reichsfanzler“.

Zivoli-Theater.

Am Sonnabend den 5. Mai 1906

Soiree,

veranstaltet von Mitgliedern
des grossh. sächs. Hoftheaters
in Weimar.

„Menschenmord, Regitationen, Lieber, Arin
und Balladen, Lustiges Allerlei“
3 Ballet-Diversiflements.“

Novität. Novität.

Der letzte Tanz.

Tanz-Pantomime realistische.
Vorverkauf in der Zigarren-Handlung
Frabert, Ritterstraße.

Gross-Kayna.

Sonntag den 6. Mai
Tanzvergnügen,
wogu ergebenst einladet **E. Schunke.**

Theater-Aufführung

zum Besten eines Bismarck-Denkmal

veranstaltet von der
Privat-Theater-Gesellschaft
vom 19. Oktober 1828.

Donnerstag den 10. Mai 1906 im „Zivoli“.

Der Strom.

Schauspiel in 3 Akten von Max Halbe.

Bei Bismarck.

Luftspiel in 1 Akt von H. Bauermeister.

Neu! Neu!

Preise der Plätze: Zu Vorverkauf bei Herrn Kaufmann D. Juchs, Zigarren-
geschäft, H. Ritterstr., Spermis 1. und 2. Reihe, nummeriert,
1,50 Mk., Spermis weitere Reihen, nummeriert, 1,00 Mk., Saal 0,50 Mk. An der Abend-
kasse: Spermis 0,25 Mk., Saal 0,10 Mk. Aufschlag

Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

Ausserordentlich billige Preise

für

Wäsche:

Damen-, Herren-, Kinderhemden,
Negligéjacken u. Beinkleider,
Bettbezüge, Betttücher, Bettinletts,
Stuben- u. Küchenhandtücher,
Tischwäsche,
sowie
ganze Braut- und Baby-Aussteuern.

Otto Dobkowitz,

Merseburg.
Abteilung Entenplan 3.

Tapeten

in großer Auswahl verkauft sehr preiswert

Franz Koch, am Neumarktstor 2.

Herausforderung zum Ringkampf.

Jean van Hyck, holländischer Meisterringer, fordert hier-
mit alle starken Herren von hier u. Umgegend zu einem Matsch
des Griech.-Röm.-Ringkampfes heraus. Meldungen werden
von heute ab in der Variété-Arena „National“, Kinderplatz,
entgegen genommen.

Gesang-Verein

„Melodia“.

Sonntag den 6. Mai
Spaziergang nach Schkopau.
Gemütliches Beisammensein im Restaurant
„Deutscher Kaiser“, wozu wir unsere werthen
Mitglieder und Gäste freundlichst einladen.
Der Vorstand.

Schützenhaus.

Empfehle von heute ab
frische Salzrippen und
Schmeer.
Carl Landgraf.

Menzel's Restauration.

Donnerstag Abend
Salzknochen mit Zubehör.

Freundliche Pension

erhält junges Mädchen vom Lande. Zu er-
fragen
Dreitestraße 9. 1. Etg.

Grube von der Heydt

bei Ammendorf.
Förderleute
werden eingestellt.

Tüchtige Schneider

für dauernde Beschäftigung werden gesucht.
Otto Dobkowitz, Markt 19/20.

Kräftiger Laufbursche

gesucht
Markt 26.

Geschirrführer

Einen ordentlichen christlichen verheirateten
stellen per 1. Mai ein
Reufhauer Wüste, A. G.
vorm. Max Uhlig.

Tüchtige Zimmerleute u. Bautischler

stellt ein
J. C. Möbus, Ammendorf.

Junger Mann,

mit Buchführung vertraut, wünscht baldige
Stellung. Beste Offerten unter **G 565** an
die Exped. d. Bl. erweisen.

Aleberinnen

für Spülküten, Zigarren- und Bodenenteufel
sind dauernde Beschäftigung.

Frauen zur Feldarbeit

sind dauernde Beschäftigung, auch zu halben
Tagen, bei

Geübte Kartonnagenarbeiterinnen

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Otto Schulz, Kartonnagenfabrik.

Amme,

gesund und kräftig, am liebsten vom Lande,
wird gesucht.
Debamme **Meyer-Trautmann**.

Älteres Dienstmädchen

mit guten Zeugnissen sofort oder spätestens bis
1. Juni gesucht. Zu erfragen
Unteraltendorf 61 I.

Ein junges Dienstmädchen

zum 1. Mai gesucht Sommitr. 8.

Dienstmädchen

Ein ordentliches sauberes
wird zum 1. Juli gesucht Burgstr. 15.

Aufwartung

Gesucht sofort ein anständiges junges
Mädchen als

Aufwartung

für einige Vormittagsstunden Breitestr. 7 I.

Eine Aufwartung

gesucht Vandhädterstr. 14 I.

Ein Wagenreif

wird sofort gesucht. Wo? sagt die Exped. d. Bl.
gehoben. Abgehoben bei
Am hinteren Bürgergarten darf
L. Schöbel, Trebnitz.

kein Schutt und Asche

abgeladen werden. Zuwerthende werden
zur Anzeige gebracht.
Das Direktorat der
privat. Bürger-Schreib- u. Schützen-Gilde.

Die Beleidigung

gegen Fräulein **Elisabeth Pölsing**
nehme ich zurück. Frau Putz.

Hierzu eine Beilage.

Aus Deutsch-Afrika.

Vom südwesafrikanischen Kriegsschauplatz sind neue Meldungen eingetroffen. Danach ist ein Teil der aufreißerischen Hottentotten in den kleinen Karasbergen von den Deutschen umzingelt worden und soll nun nach dem Eintreffen weiterer deutscher Verhärftungen unverzüglich angegriffen werden. Aus den sonstigen Berichten ist hervorzuheben, daß eine andere Hottentottenbande schon wieder einen Ueberfall auf einen Verpflegungszug gemacht hat. Hierbei fiel ein deutscher Krieger. Doch gelang es wenigstens, der Bande das geraubte Vieh wieder abzunehmen. Die Meldung aus Deutsch-Südwesafrika lautet wie folgt:

Am 20. April durch die Abteilung des Hauptmanns Heud geschlagene Hottentottenbande hat sich mit anderen Banden vereinigt und in den kleinen Karasbergen festgesetzt. Alle dort hin führenden Zugänge bei Hamous, Amfous, Gurub, Honobis, Heimbis, Ranebis und Secheim sind durch die Abteilungen des Rittmeisters Ermetell und des Hauptmanns Heud besetzt worden. Aus der Richtung von Bebanien sind eine weitere Kompanie und eine Batterie im Anmarsch. Nach deren Eintreffen soll erneut zum Angriff vorgegangen werden.

Die gegen Johannes Christian entsandten Abteilungen der Majore v. Freyhob und Täubler vereinigen sich bei Meladriff am Drange, ohne bisher auf den Feind zu stoßen. Major v. Freyhob wird die Drangeburg obwärts in Richtung Kamansdriff, Major Täubler südaufwärts nach der englischen Grenze zu abstreifen.

Am 22. April wurde am Döhang der großen Karasberge ein Verpflegungszug der 6. Kompanie 2. Feld-Regiments angefallen und dessen Gespann geraubt. Hierbei fiel ein Zahlmeister-Aspirant. Der Kompanie-Chef, Hauptmann v. Bentivegni, eilte mit seiner Kompanie auf den Geschicksturm herbei und warf den Feind nach zusehendem Geschick zurück. Die Hottentotten ließen 6 tote auf dem Platz. Sämtliches abgetriebene Vieh wurde ihnen wieder abgenommen.

Die Eisenbahn Überigbüch—Kubub ist nach einem Berliner offiziellen Telegramm der „Köln. Zig.“ auf der ersten Teilstrecke, rund 30 Kilometer, nach den letzten Nachrichten aus dem Schutzgebiete fertiggestellt und wird bereits für militärische Zwecke benutzt.

Deutschland.

Berlin, 2. Mai. Der Kaiser traf gestern mit den Herren des Hofes im Automobil um 8 1/2 Uhr in Gieshen bei der neuen Kaiserin des Infanterie-Regiments Kaiser Wilhelm II. Nr. 116 ein. Der Monarch dankte den zum Empfang erschienenen Herren, stieg dann zu Pferde und begab sich auf den Exerzierplatz, wo er sein Regiment besichtigte. Nach einigen Gesehensübungen setzte sich der Kaiser an die Spitze der Fahnenkompanie und ritt mit ihr in die reichsgeschmückte Stadt zu dem in der alten Zeughauskaserne gelegenen Offiziers Kasino. Untermwegs wurde der Kaiser von der Gieshener Bevölkerung und von dem aus der Umgebung zahlreich herbeigeströmten Publikum lebhaft begrüßt. Schulen, Vereine und Studenten in Wägen bildeten Spalier. Bei der frühstückstafel erwiderte der Kaiser auf einen Toast des Regimentskommandeurs mit einem Toast auf das Regiment und äußerte sich in demselben über das Gesehene äußerst zufrieden. Er erwähnte, daß das Regiment zuerst nach dem neuen Exerzierreglement exerziert und so das neue Reglement gleichsam aus der Taufe gehoben hätte. Gegen 1 Uhr begab sich der Kaiser im Automobil nach dem Bahnhof, vom Publikum wieder mit lauten Hurraufen begrüßt. Um 1 Uhr setzte sich der Sonderzug in Bewegung. Der Kaiser traf abends um 10 Uhr 45 Minuten in Potsdam ein. Die Kaiserin unternahm gestern früh in Homburg mit der Prinzessin Viktoria Luise einen Spazierritt.

(Die saueren Trauben.) Während es vor einigen Tagen übereinstimmend anfänglich in mehreren Blättern hieß, daß in Hannover-Linden die Mittelschandvereinerung mit Unterstützung des Bundes der Landwirte und der Konservativen ihren Generalsekretär Eisensträger für die Reichstags-Ergebnisse aufgestellt habe, erklären jetzt die „Hannoverschen Tagesnachrichten“, die genannten Parteien hätten weder beabsichtigt, für die jetzige Wahl die Kandidatur Eisensträgers aufzuheben, noch würde sie es tun.

(Parteipolitisch.) In der gesamten agrarischen und konservativen Presse wird mit einem gewissen Gefühl der Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß der bayerische Reichstagsabgeordnete Nisler wegen seines Kompromisses mit den Liberalen aus der Landesorganisation der bayerischen Konser-

vativen und des Bundes der Landwirte ausgestoßen worden ist. Auch die „Kreuzzeitung“, das führende Organ der preussischen Konservativen, widmet dem Ereignis eine besondere Betrachtung. Unter diesen Umständen muß es einen einigermaßen komischen Eindruck machen, daß Herr Nisler in der konservativen Reichstagsfraktion nach wie vor verbleiben darf. Er hat sogar erst kurz vor Ostern — jedenfalls zu einer Zeit, wo man über seinen Ausschluss aus der bayerischen Landesorganisation sich dort längst einig war, wenn auch die formale Beschlussfassung erst später erfolgte — für die Konservativen das Wort ergriffen und hatte als konservativer Renommierbauer an seinen Fraktionsgenossen ein sehr beifälliges Auditorium. Der Fall, daß ein von seinen engeren Landseuten aus der politischen Organisation ausgeschlossener Parlamentarier in der Reichstagsfraktion derselben Partei nach wie vor unbekümmert verbleiben darf, entbehrt jedenfalls nicht eines pflanzlichen Beigeschmacks.

(Ueber Parteilichkeit der Behörden bei Lohnkämpfen) erheben die Sozialdemokraten jedesmal ein großes Geschrei, wenn sie glauben feststellen zu können, daß diese oder jene Behörde in den wirtschaftlichen Kämpfen zugunsten der Arbeitgeber eingreift. Dagegen sind sie selbst sehr gern dabei, da wo sie das Heft in der Hand zu haben meinen, öffentliche Korporationen zur Unterstützung von Arbeit im Lohnkampfe zu mißbrauchen. Wie man weiß, hat die Sozialdemokratie zu Wülkau in der Gfäß schon wiederholt versucht, Streikenden bairische Gelder zuzuwenden. Jetzt soll auch in Manteim ein derartiger Versuch unternommen werden. Der „Frank. Kurier“ berichtet darüber:

Die Rheinische Gummi- und Zellulosefabrik hatte Ende Februar mit ihren Arbeitern höhere Löhne vereinbart. Kaum 8 Wochen später forberten die Arbeiter abermals Lohnerböhrungen und abgelehnten, als diese nicht gewährt wurden, den allgemeinen Ausstand. Darauf antwortete die Fabrikleitung mit einer allgemeinen Ausperrung ihrer ungefähr 2500 Arbeiter. Jetzt hat der hiesige Sozialdemokratische Verein durch einen einstimmigen Beschluß die Stadtverordneten der Fraktion aufgefordert, die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung zu beantragen, die über Maßregeln zur Hebung des durch die Ausperrungen entstandenen Notstandes beraten soll.

Dazu schreibt das genannte Blatt: „Soweit solche Maßregeln den Rahmen der etwa notwendigen Armentunterstützung überschreiten, werden sie in den hiesigen Kollegien schwerlich eine Mehrheit finden. Sollte dies aber doch der Fall sein, so wäre es ausgeschlossen, daß die nach der bairischen Städteordnung für größere Freigebietseingriffe erforderliche Genehmigung der Staatsaufsichtsbehörden erteilt werden würde.“

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 1. Mai.) Im Reichstage wurden heute bei der fortgesetzten Beratung des Brauseenergesetzes zu dem geltenden § 3a noch mehrere zumest oppositionelle Bemerkungen gemacht, aber bei der Abstimmung blieb der Sieg der Regierung. Die Abgeordneten, die in der ständischen Kammer von 283 erschienen waren, nahmen den Beschlüssen in der Sitzung der Kommission, auf die Starfaltung der Steuer von 10 Mt. für den Doppelzentner Brausestoff, mit 146 gegen 113 Stimmen bei vier Enthaltungen an. Zu § 1, der von dem Eutrogaten handelt, wurde ein sozialdemokratischer Antrag mit einem Amendement des Abg. Gamp angenommen, daß der dem obergärtigen Biere nach Abschluß des Brauverfahrens oder außerhalb der Brauslöcher zugelegte Zucker nicht der Brauseener unterliege. Der Rest des Gesetzes wurde im wesentlichen gemäß den Beschlüssen der Kommission erledigt; das Plenum hat somit den ersten Schritt zur Durchföhrung der Finanzreform getan. Die Debatte nahm während des größten Teils der Sitzung einen sehr ruhigen Verlauf, wurde aber ganz zum Schluß noch außerordentlich lebhaft. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Erhebung kommunaler Biersteuern zu verbieten, führte zu einer bei neuer Generaldiskussion, in der die Gegner heftig aufeinanderprallten. Die Mehrheit war den ändernden Wünschen und den Freisinnigen, die den Antrag billigten, vor, daß sie in den Gemeinden, in deren Verwaltung sie in der Mehrheit seien, noch nicht daran gedacht hätten, die Brauseener abzuschaffen. Wie das Brauseenergesetz nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, wurde dann noch das Tabaksteuergesetz ohne Debatte abgelehnt. Dann verlegte sich das Plenum, am morgen die zweite Beratung des Tolozanzantrages fortzusetzen.

Das Zustandekommen der Maß- und Gewichtsordnung ist nach dem am Dienstag gefassten Beschluß der Kommission in Frage gestellt. Die Kommission hat nämlich den grundlegenden § 16 der Vorlage, die Verstaatlichung der Eichämter, abgelehnt. Die Verstaatlichung würde, wie insbesondere der freisinnige Abg. Merten mit großer Sachkunde ausführte, nicht nur einen Bruch mit dem gegenwärtigen System der kommunalen Eichungsämter, sondern auch einen Rückschritt gegen den der-

zeitigen Zustand in Bayern und Sachsen bedeuten, wo neben den staatlichen noch viele kommunale Eichämter bestehen. Der Hauptinwand der Regierung gegen die kommunalen Eichämter besteht darin, daß diese nach ihrer Ansicht zu nachlässig und unzuverlässig seien. Diefelben Anfschuldigungen hatte die Regierung schon in den beiden vorhergehenden Sitzungen erhoben, ohne Beweise für ihre Behauptungen zu erbringen. Heute bequeme sie sich endlich dazu, diesen Nachweis wenigstens in drei Fällen zu versuchen. Diese Fälle waren aber so wenig beweiskräftig, daß sie die Anhänger des gegenwärtigen Systems in ihrem Widerstande gegen die beabsichtigte Verstaatlichung nicht wankend machen konnten. Es wurden infolgedessen auch alle aus der Mitte der Parteien gestellten Abänderungsanträge, welche für eine spätere Verhändigung durch Uebergangsbestimmungen die Brücke schlagen sollten, mit Stimmengleichheit abgelehnt. Gegen die Regierungsvorlage stimmten die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Nationalliberalen und ein Teil des Zentrums. Wenn man die mehrfachen Erklärungen der Regierungsvertreter im Plenum und in der Kommission, daß die Verstaatlichung der Eichungsämter für die Regierung eine conditio sine qua non bildet, ernst zu nehmen geneigt ist, so wäre damit das Schicksal der Vorlage besiegelt.

Die Diätenkommission des Reichstages begann am Dienstag ihre Beratungen. Es sollten zwei Lesungen abgehalten werden. Zunächst wurde der Entwurf über die Diätenzahlung beraten. Bei § 1 wurde auf Antrag Dr. Arndt (Npt.) beschloffen, die freie Eisenbahnfahrt auf alle Strecken des Deutschen Reiches während der Dauer der Legislaturperiode auszuweiten.

Die Steuerkommission des Reichstages stellte am Dienstag Berichte über die Fahrkarten- und Erbschaftsteuer fest, die mit unbedenklichen reaktionellen Änderungen gutgeheißen wurden. Desgleichen wurde mit kleinen stillschweigenden Änderungen der von neuem angefertigte Bericht über die Zigarettensteuer (Bericht erstatter Abg. Held, nl.) genehmigt.

Die sozialdemokratische Waiserei.

Die Waisereien, die die Sozialdemokratie, wie alljährlich, allerorten veranstaltet, haben sich, soweit bis jetzt Meldungen vorliegen, nicht von dem Rahmen der früheren Festeinrichtungen abgehoben. In einzelnen Orten war vielleicht die Beteiligung eine etwas regere, was sich aus dem zurzeit überall in Szene gesetzten Streikbewegungen erklären dürfte. Festzüge waren, mit Ausnahme einzelner Orte, an denen die Polizeibehörden sich toleranter zeigten, überall verboten. So bewegen sich denn die Feiern in Massenwanderungen zu den Versammlungsorten, wo überall die obligaten Gesehden gehalten wurden, sowie in abendlichen Vergnügungen und Zusammenkünften. In welchem Maße sich bisher beschäftigte Arbeiter an der Feiern beteiligten, läßt sich heute natürlich noch nicht feststellen. Immerhin wird es auch in diesem Jahre nicht an Ausperrungen fehlen, die durch das Fortbleiben von der Arbeit infolge der Waiserei veranlaßt wurden, zumal ja in fast allen industriellen Kreisen die Arbeitgeber von vornherein den am ersten Mai mit der Arbeit Ausperrenden die Ausperrung androhen.

Von unserem 12-Berichterstatter erhalten wir über die Waiserei in Halle folgende Meldung: Von dem mit großem Bombast angekündigten Weltfeiertage des zielbewußten Proletariats hat man hier wenig verspürt. Die Beteiligung in diesem Jahre war, trotz aller eifriger Agitation der Parteileitung, nicht stärker als die Jahre zuvor. In ihren resp. Vereinslokalen versammelten sich vornehmlich die Maurer, Zimmerer, Tischler, Glaser, Steinseger, Zigarettmacher, Maler, Schneider, um gegen Erlegung eines Obulus die Zulastkarte zum Nachmittagsfest in Empfang zu nehmen. Dann ging es nach den Versammlungsorten „Kongresshaus“ und „Burgtheater“ im Norden der Stadt, um hier eine langatmige Rede über die Bedeutung des Weltfeiertages mit anzuhören. Von da aus begaben sich die nunmehr völlig Ueberzeugten in Trupps durch die Straßen der Stadt teils nach Hause, teils gleich nach dem Festlokal „Bellevue“ im Süden der Stadt, wofelbst bis zum Abend mit Wein und Kind verkehrt wurde. Sehr angenehm war es nicht, im Freien zu sitzen, auch wurde die Sache einige Male von oben herab angegriffen. Das geniert aber einen zielbewußten Genossen nicht, derselbe hält aus und wenn es Schokolade regnet. Wie gesagt, die Sache verlief recht harmlos, die Bürgerschaft hat kaum etwas davon

verfügt. In den Fabriken wurde durchgängig gearbeitet, es war wegen der angedrohten Ausperrung. Ueber die Maifeier in Berlin liegt folgende Meldung vor: Das Straßenbild wies Dienstag vormittag in Berlin einen anderen Charakter auf. Es fehlten die geschlossenen Arbeiterkolonnen, die in den ersten Morgenstunden ihren Arbeitsstätten zustreben; vor den Mai nicht fest, wäht möglichst einen anderen Weg zur Fabrik, um nicht von den zielbewußten Kollegen gesehen zu werden. Dagegen begegnete man überall Gruppen von Leuten im Festgewand, die sich schon um 8 Uhr früh zu den Versammlungen der einzelnen Branchen begaben, von denen aus gegen 10 Uhr der Abmarsch nach den großen Mai-Versammlungen in losen Gruppen vor sich ging. Die Beteiligung an der Maifeier ist erheblich stärker als in früheren Jahren, nimmt aber keineswegs den Charakter eines Generalstreiks an. Dem Passanten fällt zunächst der Mangel an Droschken auf. Viele Kutscher haben vormittags nicht angefahren und wollen erst nach Schluß der Mai-Versammlung bei Buggenbagen wieder fahren. Auf den Bauten ruht fast überall die Arbeit; wenigstens an der Straßenseite. Die inneren Bauarbeiten werden teilweise von Arbeitern weitergeführt. — Für den Bahnverkehr macht sich die Maifeier dadurch bemerkbar, daß die Frühzüge der Hochbahn und Ringbahn, die sonst die Bauarbeiter aus der Stadt an die Arbeitsstätten befördern, fast leer sind. — Die Schutzleute sind wieder größtenteils mit den neuen Revolvern ausgerüstet. Umfassende Sicherheitsmaßnahmen sind in Derschöneweide bei den Kabelwerken der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft getroffen. Hier ist wie bei dem letzten Streik ein großes Aufgebot von Gendarmen zusammengezogen, die im Kabelwerk übernachten, um früh morgens die Arbeitswilligen gegen ev. Angriffe der Feiern den zu schützen. — In 80 Versammlungen wurde überall die Tagesordnung behandelt: Die Bedeutung des 1. Mai und das Wahlrecht der Arbeiter. Eine darauf bezügliche Resolution fand meist ohne Diskussion einstimmige Annahme. Viele von den Versammlungen wurden polizeilich abgesperrt, darunter die großen Säle, der Kempalaß, Kellers Festsaal, die Neue Welt und die Brauerei Friedrichshain. Auch die städtischen Arbeiter hatten sich zu einer Versammlung eingefunden, die allerdings nur mäßigen Besuch zeigte. Die Droschkentreiber waren in ihren Uniformen in der Versammlung des Transportarbeiterzweiges bei Buggenbagen vertreten. — In den Vororten fanden die Versammlungen zum Teil vormittags, zum Teil in den Mittagstunden statt.

Provinz und Umgegend.

† Saalfeld, 30. April. Ein Waldbrand vernichtete am Sandberge ca. fünf Hektar Eichen- und Kiefernbestand. Der Brandherd befindet sich direkt am Bahnhöfchen Saalfeld-Schwarz, wo die zwischen München und Berlin verkehrenden D-Züge kreuzen. Sofort nach Passieren dieser Züge ging das Feuer auf, sodaß mit Sicherheit angenommen wird, daß der Waldbrand durch Auswerfen von Funken der Lokomotive entzündet ist. Der vernichtete Waldbestand gehörte einigen Landwirten aus Rensschütz und Preilwitz. Der Herzogl. Landrat hat sich sofort an die Brandstelle begeben.

† Magdeburg, 2. Mai. In einer gestern hier in Magdeburg unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Schneider abgehaltenen Vorstandssitzung wurde beschlossen, den diesjährigen Städtetag der Provinz Sachsen von 22. bis 24. Juni in Stendal abzuhalten. Für den 22. ist ein feierlicher Empfangsabend vorgesehen, für den 24. ein Ausflug nach Auenberg und Tangermünde; die Verhandlungen finden am 23. statt. Es stehen folgende Themen auf der Tagesordnung: Meisterkurse und ihre Unterstützung durch die Gemeinden (Berichterstatter Stadtschulrat Dr. Franke-Magdeburg), Fürsorge der Gemeinden für ihre Baubewohner (Berichterstatter Museumsdirektor Dr. Volzbehr-Magdeburg), die Frage der kommunalärztlichen Versorgung der Apotheken (Berichterstatter Oberbürgermeister Banzi-Duedlinburg).

† Delitzsch, 1. Mai. In der hiesigen Holzpanzfabrik von W. Schneider ereignete sich ein gefährlicher Unglücksfall. Der Arbeiter Flor geriet aus bisher noch nicht aufgeklärten Gründen in die Bandfläche, wobei ihm beide Arme scharflich verstimmt wurden, sodaß sie jedenfalls amputiert werden müssen. Man brachte den Verunglückten zunächst ins städtische Krankenhaus, alsdann aber in die Universitätsklinik nach Halle.

† Vom Kyffhäuser, 2. Mai. Die dem Deutschen Kriegerverein gehörige, am Kyffhäuserdenkmal im Walde gelegene Denkmalwirtschaft hat Prof. Bruno Schütz, der Erbauer des Denkmals, durch den Umbau des großen Saales um eine Lebenswürdigkeit bereichert. Der Saal macht nach seiner nummernreichen Fertigstellung den Eindruck eines Festraumes in einem altpreussischen Rathaus. Die

Ausschmückung des Saales und die Entwürfe für die Fensterbilder hat Maler August Unger in Berlin geliefert; die Ausführung der Fenster rührt von dem Glasmaler Wichmann in Berlin her.

† Apolda, 1. Mai. Eine ungläubliche Kirchenschändung wurde im benachbarten Dorfe Oberreba verübt. Unbekannte geräumten das Kreuz und beschädigten die Orgel so erheblich, daß eine sehr umfangreiche Reparatur nötig ist.

† Ober-Grochitz, 1. Mai. Der Weber Andreas Martin, verheiratet und Familienvater, war betrunken nach Hause gekommen. Da die Ehefrau den zanksüchtigen und gewalttätigen Trunkenbold nicht in die Wohnung ließ, erhängte er sich an der Türklinke seiner Wohnung. Als es zu spät war, fand ihn der Hauswirt.

† Gotha, 30. April. Ein im hiesigen Krankenhaus zwangsweise untergebrachtes junges Mädchen versuchte, die „Erf. Allg. Anz.“ zu melken, in der Nacht zum 28. d. aus einem Fenster des dritten Stockwerks zu entfliehen. Es ließ sich an zusammengebundenen Bettlädern herab, erreichte aber nur ein Gefäß der unteren Etage und brach bei dem unternommenen Sprünge in die Tiefe das Genick.

† Leipzig, 1. Mai. Aus Furcht vor unheilbarem Wahninn hat sich die Frau des Ingenieurs Berger aus Rest erschossen.

† Dresden, 1. Mai. In dem Leberarbeiter Max Dittrich in Dresden ist von der hiesigen Kriminalpolizei der Täter ermittelt worden, der am 17. Oktober v. J. die Privata geschiedene Dwig im Walde zwischen Grobfisch und Königstein ermordet und beraubt hat. Dittrich, der erst am 9. April aus der städtischen Heil- und Pflegeanstalt als geheilt entlassen worden ist, hat seit dieser Zeit hier einen Einbruchdiebstahl und mehrere andere Straftaten verübt. Bei Gelegenheit der diesbezüglichen gegen ihn angestellten Erörterungen wurden von der Kriminalpolizei in der Wohnung einer hier lebenden Schwester Dittrichs, bei der dieser zur Zeit der Mordtat gewohnt hat, mehrere Kleidungsstücke der Ermordeten vorgefunden, die diese am Tage des Mordes zuletzt getragen hatte und die ihr von dem Mörder geraubt worden waren. Dittrich hatte sich inzwischen nach Berlin geflüchtet und ist dort, nachdem die hiesige Kriminalpolizei seine dortige Wohnung ermittelt hat, auf telegraphischen Erfuchen hin festgenommen und hierher gebracht worden. Er hat bereits ein umfassendes glaubhaftes Geständnis abgelegt. Außerdem ist Dittrich geständig, am 26. Mai 1899 die sechsjährige Johanna Gebwig Schönherr in der Nähe des Schützenhauses zu Riesa ermordet zu haben, nachdem er an ihr ein Eitelkeitsverbrechen verübt hatte. Er kommt ferner noch als Täter mehrerer anderer Mordtaten in Frage, doch sind die Erörterungen hierüber noch nicht abgeschlossen.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 3. Mai 1906.

Während der Obstblüte, die nun — abgesehen von den Apfelbäumen — bald zu Ende sein wird, hat es mehrfach geregnet, was von den Gärtnern und Obstzüchtern meistens nicht gern gesehen wird. Der ausgetrockneten Erde war diese Erfrischung allerdings sehr dienlich. Wie sehen es, wie die Vegetation infolge davon mächtig vorreitet. Fast allgemein ist aber die Ansicht, daß Regen während der Obstblüte schadet. Indes ist man neuerdings auf Grund fortgängiger Beobachtungen und Untersuchungen zu der Ansicht gekommen, daß der Obstbaum gerade in dieser Zeit eine gewisse Feuchtigkeit braucht, wenn nicht der Fruchtsatz mangelhaft ausfallen soll. Der Grund ist, daß die Narbe in der Blüte zu trocken ist, weshalb der Blütenstaub nicht haftet. Wenn daher bald wieder sonnige Tage folgen, schadet ein kurzer Regen der Baumbüte nichts. Allerdings anders ist es bei andauerndem Regen, da während desselben sich kein Blütenstaub bilden kann. Solcher Regen ist sogar noch schädlicher, als ein leichter Frost. In diesem Jahre dürfen wir allen Anschein nach eine gute Obsternte erwarten, da die Blüte ungehindert und schnell vorübergegangen ist, letzteres ein Zeichen, daß Befruchtung stattgefunden hat.

Was macht man mit falschem Gelde? Soll man es zurückgeben, einleihen oder an die Behörden abliefern? Nicht ohne prinzipielle Bedeutung ist ein Urteil, das am 19. v. M. von der Strafkammer in Frankfurt gesprochen wurde. Ein Kaufmann aus Neustadt a. H. sollte sich eines Münzvergehens dadurch schuldig gemacht haben, daß er dem bei ihm beschäftigten Kutscher ein falsches Fünfmarkstück, das dieser mit noch anderen Geldern zur Ablieferung brachte, mit dem Bemerken zurückgab, er möge das Falschstück dem Käufer zurückgeben, der es ihm in Zahlung gab. Da der Kutscher nicht mehr feststellen konnte, woher das Falschstück war, suchte er es anderswo anzubringen. Das Schöffengericht Neustadt war der Ansicht, daß der Kaufmann durch Zurückgabe des falschen Geldstückes an den Kutscher sich

eines Münzvergehens schuldig gemacht habe und verurteilte ihn zu 25 M. Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängnis. Die Strafkammer gelangte auf erhobenen Einspruch zu einem freisprechenden Urteil. In den Urteilsgründen wird ausgeführt, daß aus der Handlungsweise des Angeklagten nicht auf die Absicht geschlossen werden könne, das Falschstück in Verkehr zu bringen. In der angeordneten Zurückgabe des Falschstückes an die Persönlichkeit, die es in Zahlung gab, könne eine versuchte Inverkehrsetzung jedenfalls nicht erblickt werden. — Sicherer ist es jedenfalls, man gibt das falsche Geld an die Behörden ab. Kennt man denjenigen mit Sicherheit, von dem man das falsche Geld erhalten hat, so kann man sich an ihm schablos halten.

Die sozialdemokratische Maifeier ist auch hier wie in anderen Städten (siehe bei Arifels) äußerst harmlos und ohne Störung verlaufen. Die Anführung, die Maifeierdemonstration wird sein eine Heerchau für den Tageskampf gegen alle reaktionären Mächte, ein Trugtag der Arbeit, ein Friedens- und Verbrüderungsfest zwischen den Protestierenden aller Völker, war auch hier vollständig verpufft. Selbst unter den zielbewußten Genossen steht der Glaube an die Maifeierdemonstration nicht im geringsten im Einklang mit der Großzügigkeit der ausgegebenen Parole. Etwa 100 Männlein hörten in der Vormittagsversammlung in der „Funkenburg“ dem bekannten Vortrage über die „Bedeutung des 1. Mai“ zu, worauf dann die unvermeidliche Resolution „einstimmig“ angenommen wurde, die die Maifeier verberichtet, für eine Verklärung der Arbeitszeit eintritt, gegen das bestehende Wahlrecht protestiert und im übrigen die Vorfälle enthält, die bei sozialdemokratischen Resolutionen üblich sind. Nachmittags unternahmen die „zielbewußten“ Genossen, fennlich am roten Krautwall und der roten Kasette im Knopfloch, mit Familie und einem ziemlich großen Anhang von auswärtig einen Ausflug. Am Abend fand dann eine Abendunterhaltung mit Tanz in der Funkenburg statt. Eigenartig berührte es den abendlichen Sozialgänger der Reichpromenade, als die lustigen Klänge des Preussischen Jägermarsches über das stille, vom Mondlicht romantisch beleuchtete Wasser aus der „Funkenburg“ herüberdrönten, wo am Vormittag mit großen Worten über Volksehehung und Volkserziehung geredet wurde!

Städtische Fleischbeschau. Vom städtischen Fleischbeschauamt wurden im Monat April 1906 folgende Tiere untersucht (die Zahlen in Klammern geben die Untersuchungen im Monat April 1905 an): 85 (94) Rinder, nämlich 48 (60) Kühe, 19 (15) Ochsen, 8 (11) Bullen, 10 (8) Jungirinder. Davon wurden 2 (2) auf der Freibank verkauft, der Abdeckeri 1 (2) überwiesen und 63 (63) Organe als unbrauchbar verworfen und der Abdeckeri übergeben. 375 (389) Schweine, davon 6 (6) Freibank, 0 (0) Abdeckeri, 39 (31) Organe verworfen. 170 (217) Kälber, davon 4 (7) Freibank, 1 (2) Abdeckeri, 2 (6) Organe verworfen. 115 (124) Schafe und 3 (1) Ziegen, davon 2 (0) Freibank, 0 (0) Abdeckeri, 41 (34) Organe verworfen. 7 (5) Pferde, davon 0 (0) Abdeckeri, 1 (0) Organe verworfen.

(Sterblichkeitsstatistik.) Nach den untern 5. April d. J. herausgegebenen Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes zu Berlin über die Gesamtsterblichkeit in den 316 deutschen Städten und Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern während des Monats Februar 1906 hat dieselbe — auf je 1000 Einwohner und auf den Zeitraum eines Jahres berechnet — betragen: a. weniger als 15,0 in 87; b. zwischen 15,0 und 20,0 in 145; c. zwischen 21 und 25,0 in 67; d. zwischen 25,1 und 30,0 in 13 Orten; e. zwischen 30,1 und 35,0 in 3 und f. mehr als 35,0 in 1 Städten bzw. Orten. Die geringste Sterblichkeitsziffer hatte in dem gedachten Monate der Standort von Berlin (Deutsch-Wilmersdorf) mit 7,9 und die höchste Ziffer die Stadt Weichanten im Königreich Bayern mit 49,9 zu verzeichnen. In den Städten und Orten der Provinz Sachsen mit 15 000 und mehr Einwohnern sind von je 1000 derselben gleichfalls wie oben aufs Jahr berechnet im Berichtsjahre verstorben: In Mühlhausen 11,0 — Queblinburg 11,0 — Eilenburg 12,4 — Burg 12,7 — Merseburg 14,2 — Magdeburg 15,3 — Naumburg 16,5 — Waltersleben 16,9 — Beitzsch 17,1 — Erfurt 17,3 — Halle 18,7 (ohne Ostfriede 15,7) — Nordhausen 19,1 — Wittenberg 19,1 — Schönebeck a. E. 19,6 — Stendal 20,6 — Zeitz 20,7 — Staßfurt 20,9 — Halberstadt 21,3 und in Giesleben 22,2 Personen. Die Säuglingssterblichkeit war im Monate Februar 1906 eine beträchtliche, d. h. höher als ein Drittel der Lebendgeborenen in 6 Orten, dieselbe blieb unter einem Zehntel derselben in 62 Orten. Im Ganzen betrug sich der Säuglingssterblichkeitsgrad gegenüber dem Monate Februar d. J. nicht wesentlich geändert zu haben.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

8 Neumark, 2. Mai. Die K. Ober-Postdirektion in Halle a. S. gibt bekannt, daß der Plan über die Errichtung einer oberelbischen Telegraphenlinie in Neumark (Bez. Halle) an der Provinzialstraße von Merseburg nach Mücheln bei dem K. Postamt in Merseburg öffentlich ausliegt. g. Aus der Elterae, 30. April. Die sommerlichen Apriltage haben wie mit einem Zauberstab auf die Vegetation eingewirkt. Nicht nur in den Gärten und Wäldern beginnt es zu knospen und

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Austräger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,62 Mk., Einzelnummern 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal mittwochs halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 8 Pf., für jedes weitere 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf. Bestellen von Seite 50 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden den ununter Geschäftsstelle sowie sämtlichen Ausgabestellen entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 102.

Donnerstag den 3. Mai 1906.

32. Jahrg.

Zur Lage in Frankreich.

Der 1. Mai in Paris. Aus Paris wird am Dienstag nachmittag gemeldet: Seit 9 Uhr früh wird am Ordnungsdienst in der strengsten Weise gehandhabt. Ansammlungen werden nicht geduldet. Eine Anzahl Leute, die dem Befehl, weiterzugehen, nicht Folge leisteten, wurden verhaftet. Alle Bahnhöfe des Stadtgebietes sind durch Infanterieabteilungen, Schutzele und Gendarmen besetzt. Auch in den öffentlichen Gebäuden sind Truppen stationiert. Der Wagenverkehr ist sehr gering und in den entlegeneren Stadtteilen fast vollständig eingestellt. Im Laufe des Vormittags wurde eine Anzahl ausländischer Anarchisten verhaftet. Dieselben sollen ausgewiesen werden.

Ein Telegramm des „Wolffschen Bureaus“ vom Dienstag besagt: Auf der Place de la Republique werden fortgesetzt Personen verhaftet, die sich weigern, den Anordnungen der Polizei betreffend Freibehaltung der Passage Folge zu leisten. 150 Personen wurden gegen Mittag nach der Kaserne Chateau d'Orleans überführt. Eine kleine Gruppe von Manifestanten warf gegen 1/2 11 Uhr von der Straße Faubourg de Temple aus mit Steinen eine Anzahl Fenster der Kaserne ein. Schutzele zerstreuten die Gruppe und nahmen zehn Verhaftungen vor. Die Menge wird immer zahlreicher in der Umgebung der Place de la Republique, doch in den benachbarten Straßen keine Ansammlung zu geduldet werden. Die freitenden Friseur veranlassen Dienstag morgen die Schließung einiger Friseurgeschäfte. Das erst ziemlich schöne Wetter wurde im Laufe des Tages regnerisch; seit 11 Uhr sind schon mehrere Schauer niedergegangen. Gegen 11 Uhr 20 Minuten versuchten die freitenden Buchdrucker am Eingang zur Arbeiterbörse sich zu einem Zug zu formieren, als Kundgebung für den nächsten Montag, die Polizei griff aber sofort ein und es entstand ein heftiges Handgemenge, in dessen Verlauf mehrere Manifestanten zu Fall kamen und mit Füßen getreten wurden; auch wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Einer Gruppe von 200 Manifestanten gelang es, sich wieder zu sammeln und unter dem Gehörg der Internationale bis zum Faubourg de Temple vorzubringen. Die Kaufleute schlossen beim Vorbeizug der Manifestanten ihre Läden. Schutzele zu Rad hielten die Manifestanten ein, wurden aber mit Steinwürfen empfangen. Nachdem die Schutzele Verhaftung erhalten hatten, stiegen sie von den Rädern und zogen die Revolver, worauf die Manifestanten sofort nach allen Richtungen auseinander liefen. Es heißt, daß niemand verletzt wurde.

Verhaftet wurde der Generalsekretär der Confédération du Travail, Levy, in der letzten Nacht in dem Augenblick, als er aus einem aus Dion auf dem Boner Bahnhof eintreffenden Zuge ausstieg. — Wie aus Paimboeuf gemeldet wird, ist der Befehl des „Anarchist“, Fromentin, am heutigen Dienstag in Saint-Brevin verhaftet worden.

Noch immer ist das Dunkel, das über die letzten Verhaftungen in Frankreich sich breitet, nicht ganz gelichtet. Jedenfalls scheint die Regierung und die Polizei Anzeichen und Beweise dafür erhalten zu haben, daß die Bonapartisten auf einen Staatsputsch hinarbeiteten und in anbetruht der Streik- und Arbeiter-Unruhen sowie der allgemeinen Unzufriedenheit der herrlichen Landbewohner die Zeit für gekommen erachteten, um im Trüben fischen zu können. Es liegen über die Lage nachstehende Berichte vor:

Nach dem Putsch „Matin“ veröffentlicht das Kassimile einer beim Grafen Beauregard vorgefundenen Liste des nach dem Sturze der gegenwärtigen Regierung zu bildenden Ministeriums. Als Kriegsminister wird General Niel, als Finanzminister Baron Allet und als Justizminister Tzenas, der Verteidiger Esterhazy, genannt. General Niel ist noch in aktivem Dienst

und stand, wie aus dem Briefwechsel hervorgeht, in freundschaftlichen Beziehungen zu Beauregard. „Matin“ veröffentlicht weiter mehrere Dittungen, in welchen ein Absofat, der bei den Unruhen im Streifgebiete besonders beteiligt war, bestätigt, vom Grafen Beauregard im Januar eine Summe von mehr als 15 000 Frks. erhalten zu haben.

Die Nachricht von einer Verhaftung zweier Generäle, die am Montag im Pariser Justizpalaste verhaftet war, wird von der „Agence Havas“ in aller Form dementiert.

Die in Paris Verhafteten, die der Teilnahme an Aufruhr und an anarchischen Umtrieben beschuldigt werden, werden nach Veteune übergeführt. Seit Montag abend 7 Uhr sind alle in Paris weilenden Truppen in ihren Quartieren konfigniert. Sehr viele Militärposten sind verdoppelt worden.

In Marseille wurden bei zwei Bonapartisten und im Schloße Valmirand des bonapartistischen Barons Lassus Hausdurchungen vorgenommen.

Zur Arbeiterbewegung wird gemeldet: In Toulon sind am Montag die Straßenbahnschaffner in den Ausstand getreten. Sie zündeten einen Straßenbahnwagen an. Die Stadt ist ohne jede Beleuchtung. Die sämtlichen Mannschaften der Gendarmen sind konfigniert. — In Ceite haben mehrere Arbeiterverbände beschloffen, in den allgemeinen Ausstand zu treten. — In Lille beschloffen die Arbeiter der staatlichen Tabakfabriken, am 1. Mai zu feiern. — In dem französischen Grenzorte Billeurup streifen 3000 Bergarbeiter; in dem Grenzorte Deuschoth sind 7500 ausständig. Die Ausständigen veranstalteten am Montag Umzüge mit roten Fahnen und versuchten einen Dynamitanschlag auf das Hüttewerk Nidewille. Dienstags früh rückten 2500 Mann französischer Truppen in Billeurup ein, nachdem am Montag auf 3 Ingenieure geschossen worden war.

Ein sozialdemokratischer Leutnant. Am Montag abend betrat der Infanterieleutnant Tisserand de Lange in selbmarfchmäßigen Anzuge den Streifsaal in der Arbeiterbörse und hielt vor 1500 Mitgliedern der Vereinigung der Syndikate eine Ansprache, in der er die Versammlung bat, am 1. Mai keine Kundgebung zu veranstalten, und erklärte, daß er Sozialist sei. Er fürte unter andern aus, daß er Sozialist infolge der Mackerereien geworden sei, unter denen die republikanischen Offiziere zu leiden hätten. In Beantwortung der Frage, was er tun würde, wenn ihm

schießen, haben und ihn an seiner Meinung stellt. Er emandieren. von den ann wurde und natiofferand früheren frühe jetzt, tigte. Der gialistifchen



ffischen Reichsrat immer zu an die des Innern rnung des okratischen rminister Anzahl von Eisenbahnbeamten, die sich wegen des Eisenbahn-

ausstandes in Untersuchung befanden, angeordnet.

Dagegen scheint es mit der persönlichen Freiheit der neuen Duma-Abgeordneten noch sehr schlecht bestellt zu sein. Wie dem „Fok-Ans.“ aus Moskau gemeldet wird, erschien in der Wohnung des kürzlich vom Amt zurückgetretenen Schiffs des Ministers des Innern Fürsten Urussov die Polizei, um ihn wegen politischer Umtriebe zu verhaften. Vorläufig gelang es dem Fürsten, da er Mitglied der Reichsduma ist, der Verhaftung aus dem Wege zu gehen.

Ein kaiserlicher Erlaß erklärt, die Revisionstätigkeit der Reichskontrolle unterliege in keiner Beziehung der Kompetenz des Ministersrats.

Die Moskauer Hochschulen haben ihre Pforten wieder geöffnet. Wie die „Petersb. Telegraphen-Agentur“ meldet, haben die Universität, die technische Hochschule und die Hochschulen für Frauen die Vorlesungen nimmweise wieder aufgenommen.

Masseier in Warschau. In Warschau ist wegen der Masseier ein absoluter Geschäftsstillstand eingetreten. Alles ist geschlossen, die Fabriken und Kaufläden, sogar die Konditoreien und Kaffeehäuser. Der Tramway- und der Droschkenverkehr ist eingestellt, und man sieht nur wenige Fußgänger auf den Straßen. Zahlreiche Kavalleriepatrouillen durchziehen die Straßen, die Vorkäbe sind militärisch vom Zentrum abgesperrt. In der letzten Nacht sind zwei Polizisten erschossen worden.

Im dem Garderegiment Preobraschenski wurde eine größere Anzahl Soldaten wegen regierungseindlicher Agitation im Heere verhaftet. Unter den Befragten befinden sich viele Musikanten, meist ehemalige Jünglinge des Konservatoriums, welche ihrer Militärpflicht in der Leibgarde genügen. Nicht überführte, aber politisch unzuverlässige Musikanten werden in den Frontdienst gestellt.

Die russische Pressensur ist immer noch eifrig bei der Arbeit, die Freiheit der Presse möglichst einzuschränken. Der russische Minister des Innern hat allen russischen Zeitungen verboten, irgend welche Nachrichten über die Demobilisierung der mandchurischen Armee sowie über militärische Maßnahmen Auslands im fernem Osten zu bringen.

Die Mandchurei soll, wie zwei Vertreter eines englischen Handlungshauses, die von einer Reise nach Rußschwang, Taktman und Port Arthur nach Peking zurückgekehrt sind, erklärten, nach Bestimmungen von amtlicher japanischer Stelle mit Ausnahme der Halbinsel Kwantung am 1. Mai für den Handel geöffnet werden.

Die russische Anleihe hat, wie zu erwarten war, in Frankreich eine bedeutende Ueberzeichnung erfahren; sie ist ungefähr 20 bis 25 Mal gezeichnet worden. Diese vielfache Ueberzeichnung trägt, wie ein hervorragender deutscher Finanzpolitiker mit Recht meint, so sehr den Stempel der grotesken Ueberzeichnung aufdrängt, es sei dieses Resultat durch „Mache“ herbeigeführt worden. In anderen Ländern hat dagegen die Subskription nur einen sehr mäßigen Erfolg gehabt, in England und Oesterreich nicht einmal einen Achtungserfolg. Die Londoner Quote soll nur 1 1/2 Mal gezeichnet sein. Dieses Resultat wird in informierten Finanzkreisen sehr skeptisch beurteilt. Wenn tatsächlich das Publikum die Anleihe voll übernommen haben sollte, würde die überwiegende Mehrzahl, selbst der Londoner Konzertgelehrte, erkannt sein. In Oesterreich ist der aufgelegte Betrag nur ungefähr zweimal gezeichnet worden, eine in der Anleihegeschichte aller Staaten bisher unerhört niedrige Quote. Dieses Ergebnis bleibt hinter den Erwartungen, welche seitens der inländischen Finanzgruppe gehegt und angekündigt wurden, sehr erheblich zurück und steht auch nach Ansicht der „Neuen Freien Presse“ im Mißverhältnis zu den großen Vorbereitungen, den für die österreichische Subskription von der russischen Regierung gewährten